

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen
Christlich-nationale Gewerkschaft für die



Zentralverbandes * Köln
graphische u. papierverarbeitende Industrie

26. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,
monatlich 20 Pf., ohne Postgebühr

Köln, den 25. Oktober 1930

Erscheint vierteljährig Samstags
Eingangsnummer folgt 10 Pfennig

Nummer 22

Deutscher Gewerkschaftsbund und Christliche Gewerkschaften zum Regierungsprogramm

Die Stellungnahme des DGB.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 9. Oktober eine Vorstandssitzung abgehalten, in der außer zu organisatorischen Fragen auch zu der gegenwärtigen schwierigen Gesamtlage Stellung genommen wurde. Eine eingehendere Stellungnahme, insbesondere zu der Frage der zukünftigen Sozialpolitik, wird auf der bevorstehenden Ausschußsitzung erfolgen. Zu dem kürzlich veröffentlichten Regierungsprogramm nahm der Vorstand folgende Entschlüsse an:

Die überaus ernste Lage, in der sich Staat und Wirtschaft befinden, erfordert auf verschiedenen Gebieten durchgreifende und auf weite Sicht berechnete Maßnahmen. Mit dem Regierungsprogramm betrachtet der Deutsche Gewerkschaftsbund Sparbarkeit und Ordnung in den öffentlichen Finanzen als eine der ersten Voraussetzungen dafür, um auch im allgemeinen wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Im Hinblick darauf begrüßt der DGB eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen. Ungeachtet dieser Zustimmung bringt der Vorstand aber zum Ausdruck, daß er gegen verschiedene Punkte des veröffentlichten Programms und seiner Begründung wesentliche Bedenken hat. Er hält u. a. eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltungsausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig. Die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung muß in Zukunft einer zweckmäßigeren, organischen Gestaltung mit dem Ziele einer Entlastung Platz machen. Das Regierungsprogramm und seine Begründung hat in weitesten Arbeitgebertreuen Stimmungen und Erwartungen ausgelöst, gegen die wir uns aufs schärfste wenden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lastenverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein einsetzenden Bestrebungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitnehmenden Volksschichten. Die Arbeitnehmer haben seither die größten Opfer für die Gesundung der Wirtschaft gebracht. Den leitenden Gedanken der Begründung des Regierungsprogramms, daß die Höhe der Gehälter und Löhne sowie der Soziallasten der auch von uns gewünschten Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft hemmend im Wege stehe, hält der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes für abwegig. Zu dieser Haltung fügt sich der Vorstand um so mehr verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine entscheidende Stellungnahme vermissen läßt. Die Neuregelung der Wohnungswirtschaft wird in der angekündigten Form abgelehnt. Endlich bringt der Vorstand noch zum Ausdruck, daß zur Milderung der Belastung auch Abmachungen auf internationalem Gebiete notwendig sind. Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung verlangt vor allen Dingen die Befreiung des deutschen Volkes von den überspannten Lasten des Young-Planes.

Die Entschlüsse der Christl. Gewerkschaften

Am 8. Oktober hielt der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Rönigswinter eine Sitzung ab, in der er sich an erster Stelle mit dem Regierungsprogramm beschäftigte.

Der Vorstand erkannte die Schwere der Gesamtlage des Staates und der Wirtschaft rückhaltlos an und demgegenüber auch die große Verantwortung und die Schwierigkeiten, die für die Regierung bestehen, um die drohenden Gefahren abzuwehren.

In dem Programm der Reichsregierung sehen die Christlichen Gewerkschaften einen ersten Versuch, in Staat und Wirtschaft wieder zu gesünderen Verhältnissen zu kommen. Zu einigen Punkten des Programms und seiner Begründung durch die Reichsregierung haben die Christlichen Gewerkschaften, besonders nach der sozial-

politischen Seite hin, ernste Bedenken. Sie werden ihre Stellungnahme der Reichsregierung in einem besonderen Schreiben mitteilen.

Die christlichen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wiederholt eine gerechte Tributregelung verlangt. Diese Forderung stellen sie jetzt erneut mit allem Nachdruck. Das deutsche Volk, das zur Zeit unter den Belastungen des Young-Planes schwer leidet, bedarf dringend der Befreiung von ungerechten und überspannten außenpolitischen Lasten und Bedrückungen.

Schreiben der Christl. Gewerkschaften an den Reichskanzler

„Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat sich in den letzten Tagen mit der gegenwärtigen Lage und dem Reformprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Sie dürfen versichert sein, daß die christlichen Gewerkschaften von dem Ernst der gegenwärtigen Lage, die große Gefahren für Staat und Wirtschaft in sich birgt, voll überzeugt sind, und daß sie die Schwierigkeiten, die vor allem auch für die Regierung bestehen, zu würdigen wissen. Eine Anzahl der von der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen sind auch ohne Zweifel geeignet, geordneter und gesünder Verhältnisse anzubahnen. Wenn wir trotzdem ernige Aussetzungen machen und Wünsche und Forderungen gegenüber dem Regierungsprogramm zur Geltung bringen, so leitet uns dabei nicht nur die Sorge um die Interessen der arbeitenden Schichten, sondern auch um die Interessen des Gesamtvolkes. Folgende Punkte sind es vor allem, die uns zu Bedenken und Beanstandungen Anlaß geben:

1. In der starken Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, die im Zusammenhang damit steht, daß Mittel des Reichshaushalts für die Arbeitslosenversicherung nicht mehr verwendet werden sollen, sehen die christlichen Gewerkschaften ein Abweichen davon, daß auch die Allgemeinheit mit zu den Lasten herangezogen wird. Die christlichen Gewerkschaften sind daher der Meinung, daß, soweit irgendmöglich, auch aus allgemeinen eine Beihilfe für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden muß.

2. Die beabsichtigte Neuregelung der Wohnungswirtschaft läßt berechtigte Zweifel darüber aufkommen, ob auch nur derjenige Wohnungsbedarf, der als wirklich dringend und notwendig bezeichnet werden muß, diejenige Erleichterung aus öffentlichen Mitteln bekommt, die nicht nur im Interesse der Arbeitsbeschaffung, sondern auch aus sozialen und kulturellen Gründen notwendig ist. Die christlichen Gewerkschaften halten eine stärkere Bereitstellung öffentlicher Mittel für erforderlich. Auch scheint ihnen eine zu weitgehende Lockerung der Wohnungsangewandtschaft, mehr noch eine alsbaldige Aufhebung derselben, bedenklich.

3. Wir würden es für gerechter halten, wenn der erst zum 1. April n. J. in Aussicht genommene Gehaltsabzug für die Beamten nicht nur schon ab 1. Januar 1931 wirksam würde, sondern auch eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten erfährt. Die gegenwärtige Notlage bedingt, daß die Beamten mit höheren Einkommensbezügen in stärkerem Maße herangezogen werden. Insbesondere fordern wir auch eine wesentliche gesetzliche Kürzung der hohen Pensionen.

4. In den vorgesehene steuerlichen Erleichterungen für verschiedene Betriebe und Berufsschichten fehlt die Befreiung der im Sommer d. J. beschlossenen besonderen Besteuerung der Genossenschaften.

5. Die Begründung des Regierungsprogramms, speziell löst sie sich auf Löhne und Gehälter bezieht, gibt uns Anlaß zu stärksten Bedenken und Befürchtungen. Nicht nur, daß wir der These, die Höhe der Löhne und Soziallasten stehe der Gesundung der Wirtschaft entgegen, widersprechen; es kann und darf

nicht übersehen werden, daß die Arbeiter bereits jetzt ganz erhebliche Opfer gebracht haben und noch täglich bringen. Auf ihnen lastet nicht nur die Arbeitslosigkeit und der Druck der Unsicherheit der Existenz, auch der seither bereits erfolgte Lohnabbau beträgt im Durchschnitt schon etwa 10 Prozent. Es geht nicht an, zu diesen bereits gebrachten Opfern den Arbeitnehmern noch weitere Opfer durch vermehrte Lohnentzügen, denen keine Preisentzügen gegenüberstehen, aufzuerlegen. Die anderen Volksschichten zugehenden Opfer stehen in keinem Vergleich zu dem, was ankündend den Arbeitern und Angestellten zugemutet wird.

6. Wir wünschen Klarheit darüber, in welcher Weise die Regierung die Preisentwicklung im Sinne einer Hebung der Kaufkraft zu beeinflussen gedenkt. Unsere vorhin dargelegte Stellungnahme zur Lohnfrage ist mit von der Sorge um die zukünftige Preisgestaltung diktiert.

In vorstehendem haben wir uns erlaubt, die uns zunächst am wichtigsten erscheinenden Punkte einer kurzen Stellungnahme zu unterziehen. Die christlichen Gewerkschaften sind weit davon entfernt, die auch der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick gezogenen Grenzen zu verkennen. Sie sind andererseits aber auch der Überzeugung, daß einige der in dem Regierungsprogramm vorgesehenen bzw. der durch dasselbe ausgeführten Maßnahmen die wirtschaftliche Gesundung, die wir alle wollen, hemmen.

Es wäre uns, sehr geehrter Herr Reichskanzler, erwünscht, in mündlicher Aussprache Ihnen unsere Bedenken noch näher darzulegen und auch über die Absichten der Reichsregierung besser unterrichtet zu werden. Wir bitten deshalb, einige Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der mit uns im Deutschen Gewerkschaftsbund kooperierten Organisationen zu einer Aussprache empfangen zu wollen.

Die von den Christl. Gewerkschaften gewünschte Aussprache fand inzwischen schon statt. Über das Ergebnis berichten wir an anderer Stelle.

Unsere Stellung zum Notprogramm

Große Ziele verfolgt die Regierung mit ihrem am 30. September veröffentlichten Wirtschafts- und Finanzprogramm. Anschlag an die Weltwirtschaft, Belebung der Produktion, Befreiung der Arbeitslosigkeit — das alles sind Gesichtspunkte, denen wir unbedingt zustimmen können. Im Gegensatz zu manchem früheren Regierungsprogramm werden hier die harten Tatsachen und Notwendigkeiten so gezeit, wie sie sind. Das ist ohne Zweifel ein Vorzug; ebenso die Tatsache, daß nichts beschönigt und verschleiert ist, und sind keine billigen Versprechungen gemacht werden, wie das früher so oft beliebt war. Es ist ein Programm auf lange Sicht, das mit klarer Linie und innerer Geschlossenheit Wege sucht, unsere Finanzpolitik zu stabilisieren.

Das neu gewählte Parlament gab der Regierung wenigstens vorläufig die Möglichkeit, ihre Ziele weiter zu verfolgen. Wie die parlamentarische Entwicklung weiterhin sein wird, ist noch nicht abzusehen. Hoffentlich stellt der neue Reichstag auch weiterhin Verantwortungsbewußtsein vor Agitationsbedürfnis. Man muß sich auch im Parlament und in den Parteien endlich darauf befinden, daß wir alle eine schicksalsverbundene Gemeinschaft sind, daß wir Volk, Demokratie und Wirtschaft nur dann retten können, wenn alle Parteien und Stände mit ehrlichem Willen gleichmäßig mitwirken.

Auf diese gleichmäßige Lastenverteilung, auf gerechte Heranziehung aller Stände und Schichten kommt es an. Unter diesen Gesichtspunkten entspricht das Programm — bei aller Würdigung der nun einmal gegebenen schwierigen Verhältnisse, bei aller Anerkennung der grundsätzlichen richtigen Zielsetzung — nicht unseren Erwartungen. An anderer Stelle werden die Einzelheiten durch die Entschlüsse des DGB. und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften noch gebührend beleuchtet.

Hier soll nur auf die großen Gefahren hingewiesen sein, die in einem weiteren Absinken der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft liegen. Der Schlußsatz des

Regierungsprogrammes: „Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken, zum Wohle des Ganzen“, wird von Teilen des Unternehmertums begierig aufgegriffen. Sie glauben, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, auch die Löhne zurückzuführen.

Die Deutsche Bank- und Diskonto-Gesellschaft schreibt in ihrem letzten Heft: „Das beherrschende Problem ist die Verbilligung der Gesehungskosten durch Senkung von Gehältern und Löhnen. Entweder durch Senkung des Nominallohnes bei gleichbleibender Arbeitszeit, oder durch Aufrechterhaltung der Lohnhöhe und Verlängerung der Arbeitszeit.“ Die Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie fordert in einer Entschließung, „der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges angepaßte Herabsetzung der Löhne“. Die „Apti-Mitteilungen“ vom 8. Oktober — also das Organ einer Körperschaft, mit der wir sehr viel zu tun haben — schreiben in einem Überblick über die Lage u. a.:

„... Allgemeine Verbilligung ist aber nur möglich, wenn jetzt, nachdem die Rationalisierung der Betriebe im großen Maßstabe durchgeführt ist, ihr eine Lohnsenkung und eine Revision unserer überfeigerten Sozialpolitik auf der ganzen Linie folgt. Dies ist in erfreulicherweise in dem Regierungsprogramm vorgesehen. Große Teile der Arbeiterschaft sind für sie bereits gewonnen. (Wo denn? D. Red.) Nach den Erklärungen der Regierung muß angenommen werden, daß im Kampf gegen die noch widerstrebenden Elemente die Unternehmer die Unterstützung der Regierung, d. h. in diesem Falle der öffentlichen Schlichtungsorgane, haben werden. Sade der Unternehmer ist es, diese günstigen Umstände auszunutzen und ihre Reihen zu schließen. Tun sie das und begraben sie die Differenzen, die nun einmal die anscheinend unermüdliche Gefolgschaft aller industriellen Depressionen sind, so ist kein Anlaß, pessimistisch in die Zukunft zu sehen. Nicht den Kopf hängen lassen, sondern anpacken!“

Das alles sind Kampfanlagen, die uns zu höchster Bereitschaft aufrufen. Wir müssen den Willen der reaktionären Unternehmerrichtungen brechen durch geschlossene Abwehr. Ziehen die „Apti-Mitteilungen“ den Schluß, daß die günstigen Umstände durch Schließen der Reihen ausgenutzt werden müssen, so ist für uns der Weg gewiesen. Auch für uns gilt es, anzupacken! Lernen wir aus diesem Aufruf des Unternehmertums, auf was es ankommt. Geschlossenheit in der Abwehr verbürgt den Sieg.

Von unsern Spitzenorganisationen sind die nötigen Schritte getan, um eine Ergänzung und Verbesserung des Notprogramms nach der sozialen und wirtschaftlich gerechten Seite zu erreichen. Werden die in dem Schreiben des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften genannten Mängel und Mängel des Programms beseitigt, erhält es die dort geforderte Vollständigkeit und sozialausgleichende Tendenz, dann wird auch das Ziel der Regierung — die Überwindung der deutschen Staats- und Wirtschaftskrise — zu erreichen sein. Niemals aber durch die Rezepte einer gewinnfuchtigen Unternehmerschaft, die anscheinend die furchtbaren Gefahren des kommenden Winters noch nicht sehen will.

An uns liegt es, die berechtigten Forderungen der christlichen Gewerkschaften zu führen, sie in der Öffentlichkeit zu verbreiten und zu verteidigen. Je mehr die Gegner ihre Abbaupläne verfolgen, um so zäher und eifriger muß unsere Arbeit für die Ausbreitung der Bewegung werden. Dann werden wir auch diesen Ansturm abwehren und jeder Regierung die Grundzüge sozialer Gerechtigkeit aufzwingen können.

Daher mit vereinten Kräften ans Werk. Nicht den Kopf hängen lassen, sondern anpacken, Neuland gewinnen, alle Kräfte für die Abwehr mobil machen. S. K.

Kann die Arbeitslosigkeit behoben werden?

Zur Zeit machte ein Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ viel von sich reden. Der Legitimusindustrielle Gütermann — dessen Betrieb mit über 2 000 Beschäftigten durchschnittlich 50 Stunden wöchentlich arbeitet — macht Vorschläge, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die sehr beachtlich sind. Seine Gedanken bedeuten in der Tat etwas völlig Neues. Neu und überraschend ist einmal die Tatsache, daß ein führender Industrieller diese Gedanken entwickelt; neu ist zum anderen die Art der praktischen Lösung, die er vorschlägt. Ob die Idee in die Praxis umzusetzen ist, wird in gründlichen Untersuchungen durch die maßgebenden Stellen zu prüfen sein.

Gütermann geht in seinen Betrachtungen von der Rationalisierung aus. Er stellt Rationalisierung gleich „besseres Wirtschaften“ und folgert, daß die große Arbeitslosigkeit ein Zeichen dafür sei, daß die Rationalisierungsbemühungen erfolglos geblieben sind. Die Erfahrung seit dem Beginn industrieller Arbeitsformen lehre, daß die Steigerung der Leistung des Arbeiters in der Stunde rascher vor sich gehe, als die Steigerung des Konsums der Bevölkerung. Trotzdem immer neue Konsumgüter hinzukommen und auch verbraucht werden, habe der frühere 16-Stunden-Arbeitsstag auf 8 Stunden

heruntergesetzt werden können. Gütermann sieht das als einen schönen Erfolg der Rationalisierung an, da zugleich der Tageslohn nicht kleiner, sondern größer geworden sei.

Es liege auf der Hand, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibender Produktion — um 10% eine Neubeschäftigung von auch etwa 10% Arbeitern und Angestellten erforderlich machen würden. Das wären in Deutschland etwa 2,5 Millionen Menschen!

Die Frage: „Ist eine Kürzung der Arbeitszeit jetzt praktisch durchführbar?“ beantwortet Gütermann mit einem Blick in die Vergangenheit. Die logisch richtige und zweckentsprechende Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht durch vernunftgemäßen Beschluß der maßgebenden Stellen, sondern durch gewerkschaftlichen Druck erreicht worden. Auch heute werden die „maßgebenden Stellen“ nicht für eine Kürzung der Arbeitszeit zu haben sein. Es sei aber Katastrophenspolitik, bei der steigenden Arbeitslosenzahl mit den Händen in der Tasche zu warten, bis die wie früher logische und zweckentsprechende Maßnahme von dritter Seite erzwungen wird.

Eine internationale Regelung wäre aus Konkurrenzgründen anzustreben. Aber auch ein Staat allein könnte einen Weg der gezeigten Richtung beschreiten.

An Stelle der schematischen Erhebung eines Arbeitslosenzustandes von allen Betrieben sollten für alle Arbeitsstunden, die über 44 wöchentlich liegen, ein Beitrag von 100% des Lohnes erhoben werden. Das hätte zur Folge, daß die meisten Betriebe die Arbeitszeit verkürzen und also mehr Leute einstellen würden. Die dann noch nötigen Unterstüßungsgelder würden dann von den am besten gehenden Betrieben aufgebracht, die eine längere Arbeitszeit beibehielten. Die anderen Betriebe hätten bei 44stündiger Arbeitswoche keinen Arbeitslosenbeitrag mehr zu zahlen. Das Lohnkonto würde also trotz gleichgebliebenen Wochenlohnes und Erhöhung der Belegschaft um 10% nicht stärker belastet, wie vorher.

Den Übergang zu diesem neuen System solle eine Umlage des Fehlbeitrages auf die länger arbeitenden Betriebe ermöglichen.

Zu diesen Vorschlägen wurde schon manches für und Wider geschrieben. Es will uns aber scheinen, daß die Gedankengänge noch viel mehr beachtenswert sind. Zum wenigsten sollte geprüft werden, ob nicht Teile davon durchzuführen wären. Es ist unmöglich, daß bei gleichbleibender oder gar gesteigerter Arbeitszeit der deutschen Wirtschaft die Aufnahme der Millionen Arbeitsuchender gelingt. Von der Seite einer verkürzten Arbeitszeit her muß das aber möglich sein. Selbst wenn dabei keine wesentliche Umsatzerhöhung kommen sollte — was erst noch zu beweisen wäre — läme doch all die brachliegende Arbeitskraft wieder in die Betriebe hinein und würde für spätere bessere Zeiten in Übung bleiben. Das allein schon, die damit einhergehende Befriedigung der geeigneten Arbeitslosenmassen wäre ein Erfolg, der sich nur zum Segen unseres Volkes auswirken würde. Die in den Ausführungen des Großindustriellen enthaltenen Hinweise auf den Wert gewerkschaftlicher Arbeit, seine Auffassung des ganzen Problems der Arbeitslosigkeit geben uns wertvolle Winke für unsere künftigen Arbeiten.

Christliche Arbeiterhilfe

Der „Zentralwohlfahrts-Ausschuß der christlichen Arbeiterhelfer“ hielt am 11. und 12. Oktober seine Reichstagung in Essen ab. Aus dem Geschäftsbericht war die Fülle der geleisteten Arbeit, aber auch die Größe der zu bewältigenden Aufgabe zu ersehen. Über 3500 Helferinnen und Helfer sind zur Zeit an diesem Liebeswert der christlichen Arbeiterhelfer tätig. Die beschlossene Namensänderung in „Christliche Arbeiterhilfe“ gibt diesem Willen sinnfälligeren Ausdruck, wie bisher.

Die Tagung stand ganz unter dem Eindruck der furchtbaren Not dieser Zeit und dem ehrlichen, heißen Streben, zu helfen. Ministerialrat Grieler stellte in den Mittelpunkt seines Referates über „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege“ den Satz, daß Sozialpolitik ausgleichende Gerechtigkeit sein müsse, und daß Grundbaustein der Wohlfahrtspflege die christliche Nächstenliebe sein soll. Seine warmherzigen, von tiefem Versehen getragenen Worte gipfelten in dem Wunsch, eine große Arbeitsgemeinschaft der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege zu bilden.

Genau erst wurde das Thema „Geistige Strömungen in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege“ behandelt. Frau Ministerialrat Dr. Weber und Bezirkspräsident Vohr sprachen hier aus reicher Erfahrung. Der Sozialismus erstrebt als Ziel die öffentliche Wohlfahrtspflege, die Staatshilfe; während die christliche Arbeiterhelfer die freie Liebestätigkeit voranzieht. Sieht sie doch die christliche Nächstenliebe als den großen, unverlegbaren inneren Strom der gegenseitigen Hilfe und als wichtigstes Gebot an. Als erster Grundgedanke gilt, daß dem Arbeiter Recht und Gerechtigkeit widerfahren muß, hand in Hand damit hat zu gehen die wertvolle Nächstenhilfe.

Einen sehr breiten Raum nahm das drückernde Problem der Gegenwart, die Arbeitslosenzfrage, ein. Dazu sprachen u. a. Professor Dr. Brauer und Pfarrer Werber, der Vorsitzende der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Mit tiefem Ernste behandelten beide Redner die

tiefe, feilsche Not der Arbeitslosen. Diese verlangen nicht nur materiellen Beistand, sondern vor allem auch moralische Hilfe. Es muß den Arbeitslosen der Glaube an die Opferkraft und Liebe ihrer Volksgenossen erhalten bleiben.

Wer die erschütternden Schilderungen der einzelnen Helfer und Helferinnen von Not und Jammer hören konnte, wer zugleich sah und fühlte, wie alle von dem herzhaften Willen zu helfen und zu lindern durchglutet waren — der weiß erst, welche hohen und edlen Aufgaben unsere christliche Arbeiterhilfe zu erfüllen strebt. Wer wollte da nicht nach seinen Kräften mitwirken und alles tun, das schwere Los der Arbeitslosen mildern, und die segensreiche Arbeit der christlichen Arbeiterhilfe fördern zu helfen. Die Reichstagung war auch geeignet, eine größere Öffentlichkeit nachdrücklich auf ihre Pflichten als Gesamtvolk aufmerksam zu machen. Sorgen wir dafür, daß das wachgerüttelte Gewissen nicht wieder einschläft.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Die Arbeitslosenzahlen unseres Verbandes. Das 3. Vierteljahr brachte auch für uns stetig steigende Arbeitslosenzahlen. Es entfielen auf je 100 Mitglieder:

Monat	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
Juli	9,0	6,7	7,9	10,2	14,8	12,5
August . . .	10,5	5,7	8,3	14,1	18,4	16,2
September .	11,2	7,4	9,4	12,2	15,9	13,9

Auf je 100 Mitglieder entfielen im 3. Vierteljahr 45,6 Kollegeninnen. Demnach sind die Kollegen im Verhältnis stärker durch die Arbeitslosigkeit betroffen; während bei der Kurzarbeit die Kollegen mehr in Mitteldensität gezogen wurden. Das dürfte zum Teil daher kommen, weil vielfach die Frauen, deren Männer noch im Verdienst stehen, ausreisen müssen.

Der Buchbinderverband weist für September 20,8% Arbeitslose und 25,6% Kurzarbeiter nach.

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit. Das Institut für Konjunkturforschung widerlegt Arbeitgebervereinerung. Von den Gewerkschaften aller Richtungen ist angelehnt der großen Arbeitslosigkeit eine Senkung der Arbeitszeit gefordert worden. Dem Reichstage sind entsprechende Anträge schon zugegangen, die in den nächsten Tagen zur Beratung kommen. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Sitzung ihrer Mitglieder die Möglichkeiten einer Behebung der Arbeitslosigkeit durch eine Senkung der Arbeitszeit verneint. Sie hat im Gegenteil eine Verlängerung der Arbeitszeit, verbunden mit einer Kürzung der Löhne, gefordert. Nun hat eine unparteiische Stelle, und zwar das Institut für Konjunkturforschung in seinem Wochenbericht Nr. 29 vom 15. Oktober den Versuch gemacht, die Möglichkeiten und produktionswirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit zahlenmäßig festzustellen. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: „Die wirtschaftlich mögliche Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsreduktion dürfte mithin um einen, im Augenblick zwar nicht abschätzbaren, sicher aber recht erheblichen Betrag geringer sein als 1 1/2 Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden oder 0,7 Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche.“ Der Beschluß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird also durch die Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung widerlegt. Danach würde also eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche immerhin zwischen 1 und 1 1/2 Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit setzen.

Bewilligte und abgelehnte Anträge auf Arbeitslosenunterstützung. Über die bewilligten und abgelehnten Anträge auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1930 gibt die soeben erschienene statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 28 Auskunft. Danach wurden in der Berichtszeit von 2 163 000 Arbeitslosenunterstützungsanträge gestellt. Von diesen wurden aber nur 1 994 000 Anträge bewilligt, während etwas über 121 000 Anträge abgelehnt werden mußten. Die Ablehnung wurde in den weitaus meisten Fällen, und zwar in rund 80 000 Fällen, wegen des Fehlens der Anwartschaft ausgesprochen, in rund 20 000 Fällen erfolgte die Ablehnung, weil der Antragsteller nicht arbeitslos im Sinne des entsprechenden Paragraphen des Gesetzes gewesen ist und in rund 15 000 Fällen aus sonstigen Gründen. Aus diesen Zahlen ist sehr deutlich zu erkennen, daß die Anträge eingehend von den einzelnen Arbeitsämtern auf ihre Berechtigung hin überprüft werden.

Eine erfolgreiche Beschwerde. Einige Arbeitsämter machten den städtischen und privaten Jugendpflegeorganisationen vielfach Schwierigkeiten, wenn diese erwerbslose Jugendliche in Lehrgänge oder Kurse einschleusen wollten, um sie vor den Gefahren der Ber-

wahllosung auf der StraÙe zu behüten. Auf die mehrfachen Beschwerden hin hat sich nunmehr die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Angelegenheit angenommen und den Arbeitsämtern mitgeteilt, daß sie in solchen Fällen eine Überweisung der jugendlichen Erwerbslosen an die betreffenden Arbeitsämter für wünschenswert halte, in deren Bezirk der Verbleib oder die Freizeit stattfindet. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß die Jugendpflege-Organisationen, die solche Veranstaltungen für jugendliche Erwerbslose beabsichtigten, dies rechtzeitig den Arbeitsämtern mitteilen, und daß ferner die Arbeitsämter in die Möglichkeit versetzt würden, die für einen Kursus beurlaubten Jugendlichen dann zurückzurufen, wenn sie ihnen eine Arbeitsstelle verschaffen können. Die Stellungnahme der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist außerordentlich erfreulich und dürfte die aufgetretenen bürokratischen Schwierigkeiten ohne weiteres beheben.

Berufliche Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich in seinen letzten Sitzungen mit der Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose beschäftigt. Es wurden bindende Richtlinien für die Durchführung von Schulungskursen und dergleichen seitens der Arbeitsämter und auch für die Unterstützung Arbeitsloser zum Besuch anderer Fortbildungskurse aufgestellt. Im einzelnen enthalten die Richtlinien genaue Bestimmungen über den zugelassenen Personenzirkel, die Durchführung der Veranstaltungen, die Mittelbewilligungen und die Kontrolle der Arbeitslosen während ihrer Teilnahme an solchen Kursen. Mit der Veröffentlichung der Richtlinien wird in den nächsten Tagen zu rechnen sein.

Reichsregierung überprüft ihre Haltung zum Wohnbau. Sofort nach dem Bekanntwerden des Regierungsprogramms haben die Gewerkschaften aller Richtungen ihre Bedenken zu einzelnen Teilen des Programms zum Ausdruck gebracht. Ganz besonders beschäftigt wurde die Kritik der einzelnen Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sich gegen die wirtschaftspolitische Tendenz des Regierungsprogramms richtete, im Wohnbau ein Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise zu sehen. Diese Kritik forderte nicht nur deshalb Beachtung, weil sie von Organisationen getilgt wurde, denen führende Männer in der Regierung auf das engste verbunden waren und noch sind, sondern auch, weil sie mit gutem Material belegt war. Aus der Regierungserklärung des Reichstanzlers Brüning vor dem Reichstag am 16. Oktober ist nun zu entnehmen, daß auch die Regierung dieser Kritik einige Beachtung geschenkt hat. Der Reichstanzler trug dieser Kritik Rechnung durch die Wendung, daß eine dauernde Senkung des Reallohnes von der Regierung nicht beabsichtigt worden ist. Die feinerzeitigen Ausführungen zum Regierungsprogramm hatten bei den Arbeitgeberverbänden freudige Zustimmung gefunden, denn man sah in ihnen eine Stütze der Argumente der Arbeitgeberseite für einen allgemeinen Lohnabbau. Der Reichstanzler Brüning hat nun in seiner Rede zu erkennen gegeben, daß die Regierung einen allgemeinen Wohnbau nicht mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen beabsichtigt. Dadurch ist die Meinung, daß ein genereller Lohnabbau zu einer wesentlichen Erleichterung oder gar zu einer Überwindung der Krise notwendig ist, von der Regierung selbst zum Teil berichtigt worden. Die Gewerkschaften stehen nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß das Mittel des Lohnabbaues das ungeeignetste Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise ist. Dieser Standpunkt wird für ihr Verhalten maßgebend sein.

Allgemeine Rundschau

Peter Tremmel. Der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, Peter Tremmel, stand am 1. Oktober 25 Jahre hauptsächlich im Dienste seines Verbandes. Als ältestes Kind einer 15köpfigen Arbeiterfamilie hat er schon in seinen ersten Lebensjahren die ganze Not der damaligen Arbeiterfamilien kennengelernt, mußte er gleich nach der Schulentlassung als ungelehrter Arbeiter für die Familie und die jüngeren Geschwister mit sorgen. Im „Berein Arbeiterklub“ in Mannheim bemühte er sich eifrig um seine Weiterbildung, festigte sich in ihm das starke Verlangen, aus seiner christlichen Grundeinstellung heraus, seinem Stande bessere Verhältnisse zu verschaffen. Und als im Jahre 1902 in Mannheim die erste Ortsgruppe des Verbandes gebildet wurde, war Peter Tremmel mit feurigem Eifer dabei und gab ihr als Vorsitzender Richtung und Halt. Seit 1905 war er Bezirksleiter für Baden, Württemberg und die Rheinpfalz, 1908 wurde er zum zweiten und 1912 zum ersten Verbandsvorsitzenden gewählt und hat von da an die Geschicke des Verbandes mit seinen reichen Fähigkeiten und großer Pflichttreue maßgeblich beeinflusst. Zusammen mit seinen Mitarbeitern, mit denen ihn ein selten kameradschaftliches Verhältnis verbindet, hat er den Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter auf seine heutige Höhe und Bedeutung gebracht. Auch im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nimmt er eine beachtliche

Stellung ein. Seit der Nationalversammlung ist er auch Reichstagsabgeordneter. Zu seinem Jubiläum wünschen wir Peter Tremmel alles Gute, in der Hoffnung, daß er seinem Verbands und den christlichen Gewerkschaften noch recht viele Jahre erhalten bleibt.

Die europäische Arbeitslosigkeit. In Großbritannien wurden am 11. August 1930 2 050 737 Arbeitslose gezählt, das sind 882 669 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In Italien betrug die Indezziffer der Arbeitslosigkeit im Januar dieses Jahres 228 gegen 100 im Januar 1925, das sind 50 v. H. mehr als im Vorjahre. In der Tschechoslowakei waren bei der Arbeitslosenvermittlung Ende Juni 73 456 Personen vorgemerket. Erst in den letzten Tagen sollen einzelne Fabriken der nordböhmischen Glasindustrie bis zu 95 v. H. ihrer Glasarbeiter entlassen haben. In Österreich wurden Mitte September 158 235 unterstützte Arbeitslose und 30 000 ausgesteuerte Arbeitslose gezählt. Frankreich dagegen hatte am 12. Juni 1930 nur 888 Arbeitslose. Dänemark zählte am 16. August 1930 27 730 Arbeitslose. Das bedeutet gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Rückgang von 10 000. Auch Polen meldet einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Wieviele Mitglieder zählen die Gewerkschaften. Nach den jetzt vorliegenden Jahresberichten der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zählten im Jahre 1929 die freien Gewerkschaften 4,9 Millionen, die christlichen Gewerkschaften 792 069 und die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften 169 000 Mitglieder. Es sind also in Deutschland 5,8 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Wir haben in Deutschland 14,4 Millionen Arbeiter. Demnach sind in Deutschland 40 Prozent aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert.

Bei den Angestelltenorganisationen hatte der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine (christlich-nationale Richtung) 557 000 Mitglieder, der sozialistische Allgemeine freie Angestelltenbund 460 000 und der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsbund der Angestellten 375 000 Mitglieder.

Praktische Förderung des Eigenheimbaues. Die Bau-tätigkeit ist infolge unserer ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage und des Mangels an Baupapital stark ins Stocken geraten. Die Aussichten, der Wohnungsnot bald Herr zu werden, haben sich so wiederum verschlechtert. Erfreulicherweise hat der Reichsarbeitsminister jetzt besondere Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues getroffen. Aber die Staatshilfe reicht nicht aus, sie muß durch die Selbsthilfe eine Ergänzung erfahren. Dies geschieht in letzter Zeit besonders durch die Baupartassen, die den Bauparern nach angemessener Barzeits billiges Baupapital zur Verfügung stellen. Mit an erster Stelle aller Baupartassen Deutschlands steht die Gemeinschaft der Freunde Wilfenrot in Ludwigsburg (Württemberg), die ja auch die älteste deutsche Baupartasse ist. Ende 1929 hatte sie von den zehn bekanntesten deutschen Baupartassen rund 50 Prozent der Gesamtaufgabenzahl, 58 Prozent der Gesamtaufsumme, 76 Prozent der Gesamteinzahlungen, 75 Prozent der Gesamtanteilszahlungen, 68 Prozent der gesamten zugeteilten Bauparner. Auf den Kopf der gesamten Sparer gerechnet, schwankt die zugeordnete Summe bei 19 der größten Baupartassen zwischen 22 und 1550 RM. Diese Höchstsumme wird von der Gemeinschaft der Freunde noch weit übersteigt, da bei ihr auf den Kopf 2450 RM. entfallen. Nachdem die Gemeinschaft der Freunde am 17. September für den Bau oder den Erwerb von Eigenheimen sowie zur Ablösung hochverzinslicher Hypotheken wiederum an 722 Bauparner mehr als 11 1/2 Millionen RM. zur Verfügung gestellt hat, ist eine Gesamtanteilszahlsumme in den knapp 5 1/2 Jahren ihres Bestehens von rund 153 Millionen RM. erreicht. Damit ist nicht nur den Bauparern gedient, sondern auch dem Baugewerbe und unserer gesamten Wirtschaft. Eine Reihe bedeutender Organisationen (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Reichsverband katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, Verband Wohnungsbau und Siedlung, Köln, Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften, Verband Deutscher Heimbau) haben mit dieser Baupartasse kürzlich ein Abkommen vereinbart, daß sie nur noch diese Baupartasse empfehlen werden. Durch Zuwahl von Vertretern der genannten Organisationen in den Aufsichtsrat haben diese auch die Möglichkeit, bei der Entscheidung über wichtige Verwaltungsfragen in angemessener Weise mitzuwirken. Tr.

Der Dienst am Kunden. Der deutsche Automobilhändlerverband bringt in seiner Zeitschrift „Der Dienst am Kunden“ freudestrahelnd ein Urteil des höchsten preussischen Gerichtshofes über einen Preisläufer im Automobilreisepandol. Die Händler, die die von den Kraftwagenrentenfabriken vorgeschriebenen hohen Aufschüßungen, um einen schnelleren Umsatz zu erzielen, nicht nehmen, bezeichnet man mit dem obdiesigen Wort „Schleuderer“ oder „Schleuderfirma“. Der Automobilhändlerverband erhob gegen einen sogenannten „Schleuderer“ wegen Nichterhaltung der Preise Klage. Der Händlerverband wurde in der ersten Instanz abgewiesen. Das nun vom Händlerverband angerufene Kammergericht hat der Berufung stattgegeben und hat den beklagten Händler verurteilt, es bei Vermeidung einer für jeden Zuwiderhandlungsfall festzusetzenden gerichtlichen Geldstrafe bis zu un-

begrenzter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten zu unterlassen, die Kraftwagenluftreifen einer großen hannoverschen Firma unter den von dieser Firma festgesetzten Kleinverkaufspreisen (Bruttolistenpreisen) zu verkaufen, anzubieten oder feilzubalten. Außerdem wurde die Firma verurteilt, dem Kläger, also dem Händlerverband, 500 RM. nebst 7 Prozent Zinsen seit dem 1. Mai 1930 zu zahlen. Es versteht sich, daß die beklagte Firma auch noch sämtliche Kosten auferlegt bekam. Der höchste preussische Gerichtshof hat also nicht nur das Klagerrecht des Händlerverbandes anerkannt, was dieser mit Genugtuung feststellt, sondern auch den Händler, der der Preisabbauparole der Reichsregierung und der breiten Öffentlichkeit folgen wollte, schwer getroffen. Natürlich wird über diese Firma — neben schwereren Vertragsstrafen — auch noch obendrein die Lieferungsperre verhängt. Und das soll, wie der sogenannte „Dienst am Kunden“ schreibt, sogar zum Nutzen der Verbraucher geschehen? Das ist ein schöner Dienst am Kunden, wenn man mit Hilfe von Referenten und Gerichtsurteilen jede Konkurrenz unterbindet und den Händler wirtschaftlich ruiniert, der sich geniert, die meist viel zu hohen Lukenpreise tatsächlich auch zu nehmen, um durch schnelleren Umsatz schließlich doch auf seine Rechnung zu kommen.

Solange die höchsten Gerichtshöfe die monopolistischen Preisbindungen vom Erzeuger bis zum letzten Großhändler schügen, können die Marken- und sonstigen Firmen ruhig schlafen und das Publikum mit Hilfe eines abgehandenen Gesetzes und einer weiltremden Juridatur weiter ausbeuten. F. Bsh.

Ist das notwendig? Deutschland führt für über 4000 Millionen RM. landwirtschaftliche Produkte, und für 3000 Millionen RM. industrielle Erzeugnisse ein. Das bedeutet einen gewaltigen Ausfall an deutscher Produktion. Darin liegt zu einem wesentlichen Teil unsere große Arbeitslosigkeit mitbegründet. Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen den Verbrauch fremder Waren einschränken und unsere eigenen Erzeugnisse taufen!

Zahl und Art der tödlichen Unglücksfälle. Der größte Teil der tödlichen Unglücksfälle erfolgt während der beruflichen Tätigkeit. Im Jahre 1926, aus dem die letzte ausführliche Statistik stammt, erlitten von den insgesamt 23 384 tödlichen Unglücksfällen allein 1248 auf den Einbruch von Bauwerkern, Stollen, auf Steinfälle oder Explosionen, 723 auf giftige Gase, 589 auf Maschinen, 394 auf Überfahren, 1392 auf Sturz, 324 durch Tiere (Landwirtschaft), 392 auf elektrischen Strom, 142 auf Hirschschlag, 140 auf Hirschschlag, 83 auf Ertrinken, 45 auf Vergiftung, 461 durch Feuer, 862 durch Verbrühen und 3552 durch Ertrinken.

Für unsere Jugendgruppen

Dortmund — Jugendgruppe. Am 19. September waren die Dortmund Jungmannen zur Jugendversammlung im Verbandsbüro erschienen. Bezirksleiter Kollege Kembugler eröffnete dieselbe. Anwesend waren auch der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Vedder und unser Jugendführer, Kollege Grastamp. Verschiedene Jungmannen hatten sich für diesen Abend entschuldigt, so daß der Besuch nicht so gut als sonst war. Kollege Kembugler machte Mitteilung über die Werbearbeit der Jugendgruppe in der letzten Woche. Wir konnten 5 Neuaufnahmen buchen. Einige Adressen wurden noch angegeben, die bei der nächsten Hausgagnation von der Ortsgruppe bearbeitet werden sollen. Weitere Mitteilungen unseres Jugendfreundes sagten, daß der bereits festgelegte Ausflug nicht stattfinden konnte. Erstens waren die Wetterverhältnisse nicht danach, dann sollten wir auch der Jugendberanftaltung vom Kartell der christlichen Gewerkschaften teilnehmen. Für den Wegfall der Wanderung planten wir einen Elternabend, der Ende November sein soll. Im nächsten Jahre wird eine Jugendkundgebung des Bezirkes sein, wo auch wir geschlossen mitzugehen werden.

Am 21. September, abends 7 Uhr, fanden wir uns zu einer Veranstaltung des Jugendkartells im „Haus der Jugend“ ein. Trotz des Regens hatten die Jugendlichen mit ihren Eltern den Weg nicht gescheut. Dieser Abend war der Rheinbefreiung gewidmet. Eine kurze Ansprache deutete darauf hin, daß endlich unser alter deutscher Rhein wieder frei sei und keine fremde Uniform uns störe. Aber dieses Ereignis kann sich jeder Deutsche freuen. Mancher wird wieder schönen Weinbergen, Burgen und Domen, kurz, dem schönsten Landesteil unseres Vaterlandes, einen Besuch abstatten. Diese Schönheiten schilderte ein Filmvortrag von 40 Bildern. Mit Musikvorträgen und dem Deutschlandlied endete die Feter im schönen Haus der Dortmunder Jugend. G. G.

Werft gelesene Verbandszeitungen nicht fort, benutzt sie zu Werbezwecken!

Aus den Berufen

Einigung mit dem Bund deutscher Buchbinderinnungen. Die in Dresden mit dem Bund deutscher Buchbinderinnungen am 16. und 17. Oktober gepflogenen erneuten Verhandlungen führten zur Einigung. Der mit den Api-Verbänden im Juni abgeschlossene Reichstarifvertrag für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige ist vom Bund deutscher Buchbinderinnungen anerkannt.

Für handwerkliche Betriebe, die nicht mehr wie 5 Personen einschließlich Lehrlinge und Arbeiterinnen beschäftigen, ist zugestanden, daß sich die Entlohnung jeweils um eine Klasse nach unten auswirkt. Außerdem gelten in jenen Betrieben, die bisher tariflich unter dem Schutz des Bundes deutscher Buchbinderinnungen standen, die 1930 erzielten Berufstarife nicht. Da die reaktionelle Abfassung der neuen Vereinbarung noch nicht vorliegt, werden wir erst in nächster Nummer den Inhalt bekanntgeben und über die Einzelheiten der Verhandlungen berichten.

Aus den Ortsgruppen

Barmen. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung hatten wir am 24. September im Gewerkschaftshaus gemeinsam mit der Ortsgruppe Eberfeld. Nach der üblichen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Kollegen Lautenschläger, wies dieser auf den Blumentag hin, der vom Wohlfahrtsausschuß der christlichen Gewerkschaften des Buppertals am 28. Oktober veranstaltet wird, um durch die Sammlung unserer arbeitslosen und notleidenden Mitgliedern zu helfen.

Dann sprach Bezirksleiter, Kollege Schmitt, über die Notverordnung. Er führte aus, wie diese Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände auch sehr einschneidende Änderungen in der Sozialversicherung bringe. In klarer, übersichtlicher Darstellung schilderte er die Vorgänge und Kämpfe um Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Die Kassen der Sozialversicherungen und des Reiches sind durch die anhaltende Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen, dennoch darf der Bestand der Sozialversicherung nicht gefährdet werden. Die Arbeiterschaft trägt ihren Teil willig. Sie muß aber fordern, daß auch alle anderen Volksschichten ebenfalls ihren Teil tragen. Eine lebhafte Aussprache schloß sich an. Sie klärte noch manchen Zweifel, so daß die Anwesenden ein klares Bild über die Vorgänge mitnehmen konnten. S. D.

Dortmund. Die Versammlung vom 4. Oktober war in erfreulich starker Zahl von Mitgliedern und Jungkollegen besucht. Vorsitzender, Kollege Webber, behandelte unter Geschäftliches einige allgemein interessierende Punkte, so im besonderen Arbeitsgemeinschaft, Wohlfahrtsausschuß und Konsumgenossenschaft. Sodann sprach Kollege Grastamp über die Bezirkskonferenz in Essen. Die Ausführungen fanden reges Interesse, wie dies auch schon durch die Teilnahme von 18 Kolleginnen und Kollegen an der Bezirkskonferenz vorher bezeugt wurde. Die Versammlung nahm dann Stellung zu den Ausführungen des Kollegen Kembliger und Webber über die Verhandlungen mit dem Bund deutscher Buchbinderinnungen. Die Anwesenden protestierten gegen die vorliegenden Arbeitsgeheimverträge und verurteilten aufs schärfste die lohn- und sozialpolitischen Quertreibereien der Innung.

Bei den Beratungen über die Herbst- und Winterarbeit der Ortsgruppe erklärte sich eine Anzahl Kollegen bereit, die Agitation am Orte tatkräftig zu fördern. Ebenso fanden einige Jugendangelegenheiten ihre Erledigung.

Freiburg. Unsere Ortsgruppe hielt am Freitag, den 3. Oktober, ihre Monatsversammlung. Als Redner des Tages war unser Bezirksleiter, Kollege Steinhardt, der sich gerade auf einer Schau durch die Lande befand, gewonnen worden. Nach kurzer Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden, Kollegen Hofbauer, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Als Hauptpunkt war das Referat des Kollegen Steinhardt vorgesehen, das die deutsche Buchproduktion behandelte. Einleitend schilderte der Redner kurz die Geschichte des Buches im Altertum. Eine gewaltige Ummwälzung ergab sich um die Wende des 12. Jahrhunderts, als in Deutschland die ersten Papierfabriken gegründet wurden. Ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des Buches war sodann die Erfindung der Buchdruckerkunst im Jahre 1445. Nach dieser geschichtlichen Vorbemerkung kam der Referent auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu sprechen. Papier- und Seifenverbrauch werden oft als Gradmesser für die kulturelle Einstellung eines Volkes gebraucht. Lange Zeit war Europa der stärkste Papierzeuger und auch verbraucher. Erst nach dem Welttrüge hat sich das Verhältnis zugunsten Nordamerikas verschoben. Unter den Papierproduzenten Europas steht Deutschland an erster Stelle mit einer Produktion von 2,13 Millionen

Tonnen im Jahre 1929. Von dieser Gesamtzeugung werden 80% im eigenen Lande verbraucht. Pro Kopf der Bevölkerung entfällt in Deutschland im Jahre 26,5 Kilo Papierverbrauch. Interessante Zahlen zeigte Kollege Steinhardt bezüglich der papierverarbeitenden Betriebe. Wir konnten daraus so recht die große Bedeutung der graphischen Industrie innerhalb unserer Volkswirtschaft erkennen. Im einzelnen lernten wir noch Betriebsart, Betriebsgröße und die ungeheuer fortschreitende Mechanisierung der graphischen Industrie kennen. Daher ist es auch zu verstehen, daß gerade in unseren Großbetrieben trotz gewaltig gesteigerter Produktion eher eine Personalminde rung festzustellen ist.

Der Redner kam sodann auf das Buch selbst zu sprechen. Die Deutschen werden nicht umsonst das Volk der Denker und Dichter genannt. Demzufolge nimmt die Literaturerzeugung in unserem Vaterlande einen hervorragenden Rang ein. Nach einem starken Aufschwung der Produktion gleich in den Nachkriegsjahren haben wir leider in den letzten Jahren einen nicht unbeträchtlichen Rückgang zu verzeichnen. Im Jahre 1925 erschienen noch etwa 31 000 Bücher, 1929 nur noch 27 000. Interessant ist auch die Preisentwicklung des Buches. Der Durchschnittspreis betrug im Jahre 1913 = 4,05 M für ein Buch. Im Jahre 1929 = 5,65 RM. Sehr lehrreich war eine Statistik über das Zeitungswesen der ganzen Welt. Kollege Steinhardt schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß wir auch in Zukunft mit Liebe und Freude unseren so bedeutungsvollen Beruf ausüben möchten.

Zu diesem Vortrage waren sehr viele Kolleginnen erschienen, etwa die Hälfte der Versammlung, wie denn diese überhaupt sehr gut besucht war. Dafür allen ein Wort des Dankes, besonders den Kolleginnen.

Anschließend gab Kollege Wüst noch den Kartellbericht, der gut übersichtlich gehalten war.

Nach Schluß der Versammlung blieb man noch zu einem gemütlichen Plauderlündchen beisammen und wurde noch auf unsere Versammlung am 25. Oktober aufmerksam gemacht, die aus Anlaß des 25jährigen Verbandsjubiläums von 8 Kollegen unserer Ortsgruppe feierlich, jedoch der Zeit entsprechend, gehalten werden soll.

Karlsruhe. Anlässlich der Anwesenheit unseres Bezirksleiters, Kollegen Steinhardt, München, hielten wir am 8. Oktober eine Versammlung ab, die sich eines äußerst guten Besuches erfreute. Die Begrüßungsworte des Vorsitzenden, Kollegen Glaser, galten neben der Kollegenschaft auch dem Kartellvorsitzenden, Kollegen Fassbender. Die in letzter Zeit stattgefundenen Entlassungen in einem hiesigen Betrieb gaben den Anlaß zu einer längeren, lebhaften Debatte. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß unter dortiges Betriebsratsmitglied vollauf im Interesse unserer Mitglieder seine Pflicht erfülle und wurde ihm hierfür seitens der Kollegenschaft der Dank ausgesprochen. Es kam der einstimmige Wille der ganzen Kollegenschaft zum Ausdruck, auch in Zukunft allen Auforderungen zum Trost unsere Sache in Karlsruhe durchzuführen.

Nach einigen wichtigen Ausführungen des Kollegen Steinhardt über die Neuregelung der Krankenversicherung, die von Kollegen Fassbender in bezug auf Kriegsbeschädigte und örtliche Bestimmungen wertvoll ergänzt wurden, fand die sehr interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

Muggensturm. Unsere Versammlung am 7. Oktober war erfreulichere Weise fast vollzählig besucht. Nach der Begrüßung hielt Kollege Steinhardt, München, einen Vortrag über die Änderungen in der Krankenversicherung. Einige Beispiele aus jüngster Zeit veranschaulichten deutlich die einzelnen Verbesserungen und Verschlechterungen, die durch die Notverordnung eingeführt wurden. In einer lebhaften Aussprache wurden auch die örtlichen Verhältnisse eingehend besprochen.

Der Leiter der Gruppe, Kollege Zittel, konnte anerkennenswerter Weise von mehreren Aufnahmen berichten. Ferner wurden noch einige tarifliche Fragen besprochen, worauf die schon verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Hofheim-Erfingen. Unsere Versammlung am 9. Oktober war zu unserer Freude besonders seitens der Jungendlichen gut besucht. Kollege Hesselwerdt hielt als Kartellvorsitzender alle Erschienenen herzlich willkommen, besonders auch den Bezirksleiter, Kollegen Steinhardt, München. In einer längeren Ansprache machte Kollege Hesselwerdt die Anwesenden mit Zweck und Ziel unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung vertraut. Kollege Steinhardt ging des näheren auf die tariflichen Verhältnisse am Orte ein. Leider sind hier infolge der schlechten Organisationsverhältnisse große Schwierigkeiten zu verzeichnen. Eine Besserung kann nur erreicht werden, wenn die Kollegenschaft sich in größerem Maße der Gewerkschaft anschließt. Ein Erläutern einzelner tariflichen Bestimmungen zeigte den Anwesenden deutlich, welche Vorteile durch die Schaffung des Tarifes, besonders für die junge Kollegenschaft, errungen wurden. Als praktischer Erfolg des Abends ließen sich denn auch sofort einige junge Kollegen

aufnehmen. Der Vorsitzende gab ferner noch einige Aufklärung über Krankenversicherungsangelegenheiten, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Waldfisch. Die Anwesenheit unseres Bezirksleiters, Kollegen Steinhardt, München, veranlaßte uns am 4. Oktober eine Vollversammlung abzuhalten. Diese war, besonders von den Jungendlichen, sehr stark besucht. Nach der üblichen Begrüßung sprach Kollege Steinhardt über die Notverordnung und deren Auswirkungen. Besonders ausführlich behandelte er die Reform der Krankenversicherung und die viel umrittene 50-% Krankenschein- und Rezeptgebühr. Die leicht verständlichen und sehr aufschlußreichen Ausführungen fanden eifrige Zuhörer und wurden mit lang anhaltendem Beifall gebannt.

Es wurden sodann noch örtliche und verwaltungstechnische Fragen erörtert, die durch den starken Aufschwung der Ortsgruppe bedingt waren.

Die Jugend befragt die nächsten Veranstaltungen. Der Vorsitzende, Kollege Moser, schloß die Versammlung mit der Bitte, weiterhin so eifrig mitzuwirken. Mit dem begeistert aufgenommenen Lied: „Wann wir schreiten“ sang die schöne Versammlung aus. — er.

Briefkasten

Nach Baden. Für die Grüße vom Jugend-Wochenendkurs recht herzlichen Dank. Es hat mich gefreut, daß so viele sich beteiligten. Großen Gruß und Handshake.

F. in A. Bravo, das nenne ich gute Arbeit! Dank und Gruß.

W. in St. Wird besorgt. Solche Nachrichten sind immer wertvoll. Besten Dank und freundliche Grüße.

W. in E. Ein Glück, daß Du das Buch festgehalten hast. Wer die Kollegen nur ausbeuten will, muß fast gesteuert werden. Dank und Gruß.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Selbes fanden ein bis zum 18. Oktober 1930: Goh, Clausen, Klein, Düren, Köstlin, Kaufmann, Oberfeld, Stuttgart, Grünwald, Eilen, Baberborn, Hjerstedten, Kottmeil, Oberrodenbach, Ulls, Wittenberg, Ull, Aalen, Bamberg, Eberswalde, Effen, Dingen, Weid, Augsburg, Paffau, Boholt, Minterberg, Berlin, Regensburg, Knebel, Waldbach, G. Gladbach, Dessau, Kempfen, Liesdorf, München, Stolp, Rahr, Neufeld, Bieren, Saarbrücken, Bremen, Hannover, Tübingen, Mainz, Neufeld.

Vorschläge sandten ein bis zum 18. Oktober 1930: Wittenberg, Eilen, Bieren, Weid, Boholt, Clausen, Knebel, Baberborn, Ull, Aalen, Bamberg, Kaufmann, Paffau, Grünwald, Heibelberg, Neufeld, Wittenberg, Stolp, Vrenzlau, Glogau, Krefeld.

Die beiden Preisgebungen seit. Zahl der Ausgewählten und Zeitungsbekanntmachungen lesen noch kostenlos aus. Wir bitten dringend um schleunige Erledigung.

In der nächsten Woche sind zu erledigen: Statistikkarte, Berechnungen und Zeitgebühren.

Das letzte Rundschreiben empfehlen wir in den Beratungen zu besprechen. Auf hier sei auf die §§ 22 und 23 verwiesen. Es können Unterfertigungen über die nur dann ausbezahlt werden, wenn alle Beiträge laufend richtig gezahlt sind.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 43. Wochenbeitrag fällig.



Inser eigenes Verbandsabzeichen soll dich fremden Kollegen und der Öffentlichkeit gegenüber ausweisen. Wenn Dein Kaffee keine vorzüglich hat, möge er schmeicheln welche bestellen. Die Zentrale gibt sie ab zum Einzelpreis von 60 Pf.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen Peter Weber die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Schlad & Co., Kreuzau.

Unserer lieben Kollegin Elisabeth Thoma zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Freiburg.

Unserem Kollegen Georg Oppelt und Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe München.

Unserer lieben Kollegin Katharina Schröten nebst Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung. Ortsgruppe R.-Glabach.

Unserem lieben 1. Vorsitzenden Werner Kientopp nebst Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Saarbrücken.